Reichsgesetzblatt

Teil I

1934	Ausgegeben zu Berlin, den 31. Mai 1934	Nr. 60
Tag	Inhalt	Seite
29. 5. 34	Verordnung über die Durchführung von Reichsverweisungen.....	467
30. 5. 34	Achte Durchführungsverordnung zu dem Gesetz über den Verkehr mit industriellen Rohstoffen und Halbfabrikaten.....	469

Verordnung über die Durchführung von Reichsverweisungen. Vom 29. Mai 1934.

Auf Grund von § 10 des Gesetzes über Reichsverweisungen vom 23. März 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 213) bestimme ich folgendes:

§ 1

(1) Die Reichsverweisung ist im Wege des Transports durchzuführen, wenn die freiwillige Abreise des Ausländers aus dem Reichsgebiet nicht erreicht werden kann oder wenn die Anwendung unmittelbaren Zwanges in Form der Abschiebung aus anderen Gründen erforderlich erscheint.

(2) Die Abschiebung hat über die Reichsgrenze zu erfolgen.

(3) Für den Transport sind die Einrichtungen zur Durchführung von Gefangenenfammeltransporten zu benutzen, wenn nicht besondere Umstände einen Einzeltransport erfordern.

(4) Ein Transport darf durch das Gebiet eines anderen als des Landes, dessen Behörde die Reichsverweisung angeordnet hat, nur geleitet werden, wenn dadurch der Transportweg bis zur Reichsgrenze abgekürzt oder der Anschluß an einen Gefangenenfammeltransport erreicht wird.

§ 2

(1) Die Landespolizeibehörde oder die von ihr mit der Durchführung der Reichsverweisung beauftragte Behörde hat alle Maßnahmen zur Vollziehung der

angeordneten Verweisung zu treffen. Sie hat insbesondere die Transportart, den Transportweg und die Reichsgrenzstation zu bestimmen, nach welcher der Transport zu leiten ist. Zu wählen ist dabei aus den vom Reichsminister des Innern bestimmten Reichsgrenzstationen die nächste oder die zur Übergabe des Reichsverwiesenen geeignete oder die zwischenstaatlich vereinbarte Reichsgrenzstation.

(2) Vor Absendung des Transportes ist zu prüfen, ob auf Grund der vorhandenen Ausweispapiere die Übergabe des Reichsverwiesenen an die Behörde des ausländischen Staates sichergestellt ist. Erforderlichenfalls ist zunächst ein förmliches Übernahmeverfahren einzuleiten.

(3) Vor Absendung eines Transports, der auf dem Seewege oder durch das Gebiet eines außerdeutschen Staates erfolgen soll, ist die Einwilligung des Reichsministers des Innern einzuholen.

(4) Die Durchführung der Reichsverweisung eines Ausländers, dessen Auslieferung beantragt ist, hat zu unterbleiben, solange nicht über den Auslieferungsantrag entschieden ist.

§ 3

(1) Die vollziehende Behörde hat einen Transportzettel in doppelter Ausfertigung auszustellen, welcher enthält:

1. Vor- und Zunamen, Stand oder Gewerbe, Alter, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, den etwa ermittelten ausländischen Wohnort und die Personenbeschreibung des Reichsverwiesenen;

2. die Bezeichnung der vorhandenen Ausweispapiere des Reichsverwiesenen;
3. Ort und Tagesangabe sowie Geschäftszeichen der Reichsverweisungsanordnung, ferner die Bezeichnung der verweisenden und der vollziehenden Behörde;
4. den Transportweg, insbesondere die festgesetzte Reichsgrenzstation sowie die voraussichtliche Zeit des Eintreffens des Reichsverwiesenen an der Grenze.

(2) Bei Benutzung der Einrichtungen für Gefangensammeltransporte sind außerdem die hierfür erforderlichen Papiere auszustellen.

§ 4

(1) Eine Ausfertigung des Transportzettels erhält der Transportführer; die andere ist unmittelbar der Grenzpolizeibehörde zu übersenden, die für die festgesetzte Reichsgrenzstation zuständig ist.

(2) Dem Transportführer sind ferner zur Aushändigung an die Grenzpolizeibehörde die Ausweispapiere des Reichsverwiesenen und eine Ausfertigung der Reichsverweisungsanordnung zu übergeben.

§ 5

Bei Einzeltransporten ist der Transportbegleiter, der mit einer Bescheinigung der vollziehenden Behörde über den ihm erteilten Auftrag versehen sein muß, beauftragt, alle Amtshandlungen vorzunehmen, die zur Durchführung des Transports erforderlich sind.

§ 6

Treten unterwegs Umstände ein, die den weiteren Transport hindern, so ist der Reichsverwiesene der nächsten Ortspolizeibehörde zu übergeben. Diese hat ihn in Gewahrsam zu nehmen und unverzüglich die vollziehende Behörde zu benachrichtigen. Sie kann den Reichsverwiesenen der vollziehenden Behörde wieder zuführen, sofern diese nicht innerhalb einer Woche nach Abgang der Benachrichtigung die Vollziehung der Reichsverweisung anderweit regelt.

§ 7

Die Grenzpolizeibehörde hat

1. dem Transportführer die Ablieferung des Reichsverwiesenen zu bescheinigen;

2. den Reichsverwiesenen unter Aushändigung seiner Ausweispapiere und einer Ausfertigung der Reichsverweisungsanordnung auf die strafrechtlichen Folgen der unerlaubten Rückkehr aufmerksam zu machen und seinen Übertritt über die Reichsgrenze gegebenenfalls durch Übergabe an die zuständige Behörde des ausländischen Staats zu bewirken;
3. auf den Ausfertigungen des Transportzettels (§ 3 Abs. 1) zu vermerken, daß der Reichsverwiesene auf die strafrechtlichen Folgen der unerlaubten Rückkehr aufmerksam gemacht worden ist, sowie daß und zu welchem Zeitpunkt er die Reichsgrenze überschritten oder bei Abschiebung auf dem Seewege die Seereise angetreten hat;
4. die eine Ausfertigung des Transportzettels an die vollziehende Behörde zurückzusenden und die andere Ausfertigung zurückzubehalten.

§ 8

Die Polizeibehörden der Länder verkehren in den durch diese Verordnung geregelten Angelegenheiten unmittelbar miteinander und haben sich gegenseitig Beistand zu leisten.

§ 9

(1) Die Kosten der zwangsweisen Abschiebung einschließlich der Kosten für Verpflegung und Unterbringung trägt bei Benutzung der für die Gefangensammeltransporte bestehenden Einrichtungen jedes Land insoweit, als die Kosten bei der Beförderung durch sein Gebiet entstehen.

(2) Die Kosten eines Einzeltransports trägt das Land, dessen Behörde die Reichsverweisung vollzieht.

(3) Die im Falle des § 6 durch die Verwahrung und die Rückbeförderung des Reichsverwiesenen entstehenden Kosten trägt die vollziehende Behörde.

(4) Die Kosten des Transports des Reichsverwiesenen durch außerdeutsches Gebiet oder auf dem Seewege trägt das Reich. Die Kosten sind von dem Lande, dessen Behörde die Reichsverweisung vollzogen hat, vorzuschußweise zu zahlen und bei dem Reichsminister des Innern zur Erstattung anzufordern.

§ 10

Diese Verordnung tritt am 1. Juni 1934 in Kraft. Gleichzeitig treten die Vorschriften des Bundesrats, betreffend die Vollziehung der Ausweisung von Aus-

ländern aus dem Reichsgebiet auf Grund der §§ 39, 284 und 362 des Strafgesetzbuchs, vom 10. Dezember 1890 (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 378) sowie alle die Reichsverweisung betreffenden Beschlüsse des Bundesrats außer Kraft.

Berlin, den 29. Mai 1934.

Der Reichsminister des Innern

In Vertretung
Pfundtner

Mchte Durchführungsverordnung zu dem Gesetz über den Verkehr mit industriellen Rohstoffen und Halbfabrikaten. Vom 30. Mai 1934.

Auf Grund des Gesetzes über den Verkehr mit industriellen Rohstoffen und Halbfabrikaten vom 22. März 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 212) wird verordnet:

§ 1

(1) Das Einkaufsverbot für Textilien (Erste Durchführungsverordnung zum Gesetz über den Verkehr mit industriellen Rohstoffen und Halbfabrikaten vom 24. März 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 228) wird in Abänderung der Siebenten Durchführungsverordnung vom 18. Mai 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 396) für folgende Rohstoffe und Halbfabrikate bis zum 30. Juni 1934 verlängert:

- Wolle der Tarifnr. 144 und aus 413,
- Ramnzug der Tarifnr. 416,
- Rämmlinge aus der Tarifnr. 413,
- Wollabgänge aus den Tarifnr. 144 und 413,
- Kunstwolle der Tarifnr. 414,
- Gespinnste aus Wolle und anderen Tierhaaren der Tarifnr. 417 bis 425.

(2) Verboten ist der Kauf dieser Rohstoffe und Halbfabrikate, soweit aus dem Geschäft Verpflichtungen entstehen, deren Erfüllung nach den devisenrechtlichen Vorschriften einer Genehmigung der Devisenstellen bedarf.

§ 2

Der Reichswirtschaftsminister kann, soweit er es für die Überwachung und Regelung des Verkehrs mit industriellen Rohstoffen und Halbfabrikaten für nötig hält, Anordnungen über die Aufzeichnung geschäftlicher Vorgänge, namentlich über die Buchführung, treffen.

§ 3

(1) Eine Überwachungsstelle (§ 2 des Gesetzes) wird mit ihrer Errichtung juristische Person. Der Reichsbeauftragte vertritt sie gerichtlich und außergerichtlich. Zur Vertretung der Überwachungsstelle gegenüber dem Reichsbeauftragten kann der Reichswirtschaftsminister die Vertretung anders regeln.

(2) Der Reichswirtschaftsminister kann die Überwachungsstelle unbeschadet der Vorschrift des § 2 Abs. 4 des Gesetzes ermächtigen, Gebühren zu erheben. Die Gebührenordnung und die Erhebung von Umlagen bedarf der Zustimmung des Reichswirtschaftsministers.

(3) Die Überwachungsstelle gibt sich eine Geschäftsordnung und stellt einen Haushaltsplan auf. Sie regelt die Aufbringung der Geschäftskosten.

§ 4

Die Mitglieder eines Beirats (§ 3 des Gesetzes) verwalten ihr Amt als unentgeltliches Ehrenamt; sie haben Anspruch auf Erstattung ihrer Auslagen nach Grundätzen, welche die Überwachungsstelle mit Zustimmung des Reichswirtschaftsministers aufstellt.

§ 5

(1) Der Reichsbeauftragte soll vor Erlass der Geschäftsordnung, vor Aufstellung des Haushaltsplanes oder einer Gebührenordnung und vor Erhebung einer Umlage den Beirat anhören.

(2) Die Geschäftsführung, die Buchführung und der Jahresabschluß einer Überwachungsstelle sind von einem öffentlich bestellten Wirtschaftsprüfer zu prüfen. Der Wirtschaftsprüfer ist von dem Beirat auszuwählen. Der Prüfungsbericht ist dem Beirat oder einem von ihm gebildeten Ausschuß vorzulegen.

§ 6

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 30. Mai 1934.

Der Reichswirtschaftsminister

In Vertretung
Poffe